

# Dresden-Dörfchen

Weynsdörfer Str. 56 (Rückseite) gezielte Ver-  
teilung bei Quitt monatlich EUR 8,20, durch  
Beförderung EUR 8,20 erhöht 10,30 Kpf. Wetzsch.  
(oder Verteilungsgebühr) bei Reisen nach  
Wittenberg, Weimar, Gotha-Nr. 10 Kpf., unabhän-  
gig davon mit Eisenach-Mitte 15 Kpf.

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-Bl. I., Martinistraße 38/52. Fernruf 25251. Postcheckkonto 1068 Dresden  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim  
Oberfinanzgericht zu Dresden.

Wojciechowice II, Wzgórze Nr. 6: Wiliw (długość 22 mm breit) 11,8 Rpt. Weißlige nach Schild & Gmelin (1870) u. Schlegel'sche Willkürgruppe 4 Rpt. Silbergr. 30 Rpt. — Nachdruck mit Caffenschem Testiner Radierungen.

# Schwere Rämpse in Norderdingen entbrannten

### **Japanische „Strafexpedition“ gegen die 29. Armee**

Totto, 20. Juli.  
Die japanischen Truppen in Nordchina haben gegen die Truppen der 29. Armee bei Waupling, dicht bei Fengtai, eine „Strafexpedition“ eröffnet.

Nach einer offiziellen Mitteilung des Kriegsministeriums haben chinesische Truppen am Dienstagmorgen das Feuer auf japanische Truppen eröffnet und nachmittags die japanischen Stellungen bei Paoashan und Lekoulschau angegriffen. Die japanischen Truppen hätten, wie weiter berichtet wird, sofort den Abwehrkampf aufgenommen.

Das japanische Auswärtige Amt hat heute durch seinen japanischen Gesandtschaftsräger Hidaka der Nanjing-Regierung die japanische Antwort auf die gestrige chinesische Note überreichen lassen. Wie die Agentur Domei berichtet, wird darin die Nanjing-Regierung aufgefordert, bereits lokal erzielte Vereinbarungen in Nordchina nicht mehr zu fören und alle japanfeindlichen Bewegungen einzustellen. Die Note lehnt entschieden die von chinesischer Seite verlangte gleichzeitige Zurückziehung der Truppen beider Länder ab, da China allein verantwortlich für die Entsendung der japanischen Verstärkungen sei. Japan beharrt weiter auf seiner Forderung nach sofortiger Zurückziehung der nach Norden marschierenden Nanjing-Truppen. Die Lösung des Konfliktes auf diplomatischem Wege sei, so wird weiter berichtet, durch China und seiner Überlegenheit infolge seiner großen Truppenverbände selbst verhindert worden, da das Leben des japanischen Residenten und der japanischen Garnison bedroht sei. Schließlich wird in der japanischen Note die Nanjing-Regierung zu einer neuzeitlichen Überprüfung ihrer Haltung aufgefordert.

Wie die Agentur Domel weiter berichtet, hat heute morgen die mit großer Spannung erwartete Unterredung des japanischen Postchefs Hidaka mit Außenminister Wang Ching-hui in Peking stattgefunden. Hidaka habe, da die gestrige Note Pekings der Lage nicht entspreche, eine klare und endgültige Antwort zu der Frage lokaler Vereinbarungen und die Einstellung aller japanisch-chinesischen Handlungen verlangt. Außenminister Wang Ching-hui habe erwidert, daß China lokalen Vereinbarungen nicht entgegenstehe, vorausgesetzt jedoch, daß diese die Zustimmung durch Peking erhalten. Wang Ching-hui habe den Friedenswillen Chinas und die Hoffnung auf eine Verteilung des Konfliktes ausgesprochen und schließlich bestont, daß die gestrige chinesische Note den Weg zur Lösung aus dem Konflikt genau anzeigen. Die in der chinesischen Note enthaltenen Vorschläge stellten die äußersten Zugeständnisse Chinas dar.

Politische Kreise messen der Unterredung Hsiao-Wangtschunghui große Bedeutung bei.

Für ein besseres Verhältnis zu Deutschland

## **Wichtigste Stimme englischer Erkenntnis**

Von don, 20. Juli.

Wenn die beiden Nationen zusammenfäßen, so schreibt das Blatt, dann würden sie Nützliches leisten können im Gegensatz zu oberflächlichen Streitigkeiten, die unter der Führung des Völkerbundes alle Bemühungen um eine bessere Verständigung lähmten. Das englische Volk dürfe die moralische Seite solcher Verhandlungen nicht übersehen, und die englische Regierung solle nicht einen Augenblick zögern, um in großzügiger Weise Deutschlands guten Glauben zu erwidern. Als Chamberlain die Regierung übernahm, habe er erklärt, daß er ein persönliches Interesse an der Außenpolitik habe. Seine kluge Führung habe sich sofort bewährt. Er habe in seinen Reden den ausgesprochenen Wunsch gezeigt, Deutschlands Standpunkt zu verstehen und die gegenwärtigen Hindernisse zu überwinden. Das sei eine Aufgabe, mit der man sich in der Vergangenheit nicht genügend beschäftigt habe. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um diesen Fehler wiedergutzumachen.

Die erste Aufgabe des englischen Außenamtes sollte heutzutage die Freundschaft mit Englands Nachbarn jenseits der Nordsee sein. Denn es bestehe kein Zweifel darüber, daß von der Wiederherstellung der alten Herzlichkeit zwischen England und Deutschland nicht nur der Friede Europas, sondern auch der Fortschritt oder Zusammenbruch der Zivilisation abhänge. Niemand werde in Abrede stellen, daß die Deutschen, insbesondere unter der bewährten Führung Hitlers, ein Volk von großem Format seien, das man nicht übersehen könne. Die Deutschen seien den Engländern artverwandt in Blut, Temperament und Lebensanschauung. Eine großzügige britische Haltung würde jetzt, so schreibt das Blatt weiter, Deutschlands guten Willen sofort gewinnen.

Wenn Misstrauen und Schwierigkeiten einmal beseitigt seien, würden die Deutschen zuverlässige Freunde im Frieden und in Zeiten der Not sein, so wie sie im Kriege entschlossene Feinde seien. Der große Bankaspel zwischen den beiden Ländern sei nur die Frage der früheren deutschen Kolonien. Im September würde aber die Untersuchung über die Zugänge zu den Rohstoffen von allen Nationen abgeschlossen werden. Zu diesem oder zu einem anderen Augenblick sollte die britische Regierung sich unter den Regierungen befinden, die bereit seien, gerechten Forderungen einverständnisvolles Ohr zu señen.

Im Oktober 1914 habe der damalige englische Ministerpräsident Asquith, nachdem er Englands Gründe zum Eintritt in den Weltkrieg dargelegt hatte, in Cardiff erklärt, England begegne nicht anderer Völker Gebiet, England genüge das britische Imperium, und es wünsche nicht, sich neue Verantwortung oder neue Gebiete anzunehmen. Nach dieser klugvollen Erklärung, so schreibt das Blatt abschließend, müsse es für die deutsche Nation eine furchterliche Enttäuschung gewesen sein, als am Tage der Unterzeichnung des

Berhailler Vertrages bekannt wurde, daß England den Kontinentalsaal verließ mit fast sämtlichen deutschen Kolonien in der Tasche. Von den Verständigungsmöglichkeiten Englands mit Deutschland hängt alles ab. Seit mehr als vier Jahren setzt sich die "Daily Mail" für eine Kugergestaltung der deutsch-englischen Beziehungen ein. Eine solche Politik sei heute notwendiger denn je.

Ein Funke der Hoffnung ist durch die gestrige Eben-Rede  
ausgelöscht. Wir begrüßen es, wenn auch in einem Teil  
der englischen Presse die Annahme eines besseren Ver-  
hältnisses zu Deutschland als eine Notwendigkeit erkannt  
wird. Mehrfach hat das Deutsche Reich die Freundschaft Eng-  
lands gesucht, und im Flottenabkommen von 1935, das in  
diesen Tagen ergänzt worden ist, wie auch bei anderen Ge-  
legenheiten hat die Regierung Adolf Hitlers ein weitgehend  
entgegenkommend bewiesen. Aber ebenso oft sind wir nicht  
nur enttäuscht worden, sondern wir haben wiederholt erleben  
müssen, daß London sich zu ungünstigen Deutschlands selbst über-  
holtes Recht hinwegleiste. Erinnert sei nur an die Be-  
handlung des "Leipzig"-Geschehens. So nötigen und bitteren  
Erfahrungen, uns nicht mehr auf Worte zu verlassen, sondern  
hinzuhören, ob ihnen auch Taten folgen. Die Kolonial-  
frage, auf die die "Daily Mail" zu sprechen kommt, und in  
der sie in erfreulicher Klarheit den am deutschen Volke be-  
angesehenen Betrug anprangert, wäre allerdings ein ent-  
scheidender Brückstein für die Ehrlichkeit des englischen Aus-  
landswissens. Es liegt an England, durch praktische  
Handlungen den Argwohn zu zerstreuen, den wir  
ur Zeit noch hegten müssen. Aber man darf jenseits des  
Analys überzeugt sein, daß niemand lieber als wir Mihi-  
lammungen über Vorb werken würden, sobald uns London  
davon überzeugt, daß die berechtigten deutschen Belange beim  
Foreign Office die Würdigung finden, auf die sie Ansprüche  
haben.

**Sobza befindet sich in schwieriger Lage**  
Die Regierungsbildung in der Tschechoslowakei steht auf ernste Schwierigkeiten.

Staats- und Finanzministerium der Republik entgegen zu treten.

Prag, 20. Juli.

Die augenblickliche innerpolitische Lage in der Tschechoslowakei, die durch den Rücktritt des Kabinetts Hodza und die Wiederbeauftragung des bisherigen Ministerpräsidenten entstanden ist, wird in der geläufigen Presse eingehend debattiert. Die „Zeit“, das Blatt der Sudetendeutschen Partei, schreibt, der Optimismus, der bis zum Wochenende in den Kreisen der Regierungsmehrheit vorherrschte, sei einer ästhetischen Betrachtung gewichen. Immer mehr dringe die Erkenntnis durch, daß die Vorgesäße innerhalb der Mehrheit tscher seien, als ursprünglich angenommen wurde, und daß die Neubildung des Kabinetts sich schwieriger gestalte, als man wünschte. Die tschechischen Linksparteien vertreten, die Stellung der Agrarier zu erschüttern, indem sie Ansprüche auf die von den Agrariern verwalteten Ministerämter anmeldeten. So werde gefordert, daß das Verteidigungsministerium einem General unterstellt und auch das

Berlin, 20. Juli.  
Die französische Presse rechnet mit einer Offensive des Generals Franco gegen Madrid. Zunächst sind, wie sich auch aus den Heeresberichten der nationalen Regierung ergibt, Angriffe der Truppen des Generals Franco im Raum von Brunete erfolgt, wo unlangst die Roten einen Teil in die nationale Front treiben konnten. Nach Mitteilungen der Nationalen ist es ihnen hier gelungen, mehrere Gräben zu nehmen und Material zu erbeuten. Es scheint, als ob die Kämpfe aber nur das Vorspiel zu einer neuen Offensive sind. So berichtet der Sonderkorrespondent der Havas-Agentur, daß zwei Korps der nationalen Truppen sich auf eine Offensive vorbereiten, und daß auch der Führer eines dieser Korps erklärt habe, daß sehr bald eine neue Phase der Kämpfe eintreten würde.

#### Wechsel in der Zeitung der Banf von Frankreich

Paris, 20. Juli.

Am Dienstag fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Lebrun, ein Ministerrat statt, auf dem zu nächst Finanzminister Bonnet über die Finanzlage berichtete. Er ließ durch den Ministerrat eine Gesetzesverordnung bewilligen, die mit Einschränkungen und unter strenger Kontrolle die Schatzamtaufgaben für 1888 festsetzt. Außerdem genehmigte der Ministerrat die vom Finanzminister vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stützung und Neuordnung des Rentenmarktes.

Finanzminister Bonnet sprach dann über die Maßnahmen, die er ergreifen hat, um die Finanzkontrolle der außerordentlichen Haushaltsausgaben sicherzustellen. Schließlich unterbreitete der Finanzminister dem Ministerrat eine Umbesetzung in der Zeitung der Bank von Frankreich. Der bisherige Gouverneur der Bank von Frankreich Labeyrie ist zum Gouverneur ehrenhalber ernannt worden, während der bisherige erste Untergouverneur der Bank von Frankreich, Fourrier, sein Nachfolger als Gouverneur der Bank von Frankreich wurde.

\* geführte Zeitungspapierfontingent erhöht.

# **In schwieriger Lage**

## **Nowakowski stößt auf ernste Schwierigkeiten**

Nach der Tschechisch-nationalen Libe we Rowiny<sup>9</sup> handelt es sich nicht um die 100 Millionen für die Getreidewirtschaft, deren Nichtbewilligung bekanntlich den Grund für den Rücktritt der Regierung Hodza bildete. Der Bericht, der über die Sitzung des Übersten Verteidigungsrates ausgetragen wurde, spricht vielmehr vom Wehrprogramm.